72. Jahrgang. Nr. 381

Dienstag, 14. August 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. August 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 RM. Postbezugspreis für Monat August 3.40 RM. ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postsched-Kto. 1055 Dresden Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Schwere Daweslast für den Etat 1929

Für 600 Millionen RM. neue Deckung erforderlich

Berlin, 13. August. Im Reichsministerium haben jetzt die Vorarbeiten für den nächsten Etat begonnen. Die Aufstellung des Haushaltplans für das Rechnungsjahr 1929 macht, wie ein Berliner Blatt erfährt, besondere Schwierigkeiten, weil man zwangsläufig mit einer Steigerung der Reparationsverpflichtung und gleichzeitig mit einer Verringerung der Einnahmen rechnen muß. Wenn es nicht zu einer Neuregelung der Reparationen kommt, wird das Haushaltjahr 1929 das erste sein, in dem die „normalen" Reparationsleistungen von 2,5 Milliarden Mark aufzubringen sind. Das Reich hat davon unmittelbar 1540 Millionen Mark gegenüber 1247 Millionen Mark im laufenden Haushaltjahr zu zahlen. Es ergibt sich also eine Mehrausgabe von rund 300 Millionen Mark. Daneben aber fallen zwei wichtige Einnahmeposten fort. Aus den Ueberschüssen des Jahres 1927 sind im laufenden Etat 125 Millionen Mark eingestellt, weitere 175 Millionen sollen sich im Jahre 1927 aus der Prägung von Reichsmünzen ergeben. Diese einmaligen Einnahmen sind für das nächste Etatjahr nicht zu erwarten. Im ganzen ist für 600 Millionen Mk. neue Deckung zu beschaffen, wenn es nicht gelingt, die Ausgaben in stärkerem Maße herabzusetzen. Die Frage der Deckung soll in Angriff genommen werden, sobald die einzelnen Ressorts den Voranschlag ihrer Einzeletats fertiggestellt haben, was etwa am 15. September zu erwarten ist.

Der Streit um Panzerkreuzer A

Berlin, 13. August. Im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion hat der Abg. Stöcker die sofortige Einberufung des Reichstages zur Beratung einer von der kommunistischen Fraktion am 13. August eingebrachten Interpellation wegen des Beschlusses des Reichskabinetts auf Durchführung des Baues des Panzerkreuzers A verlangt.

Die Schließung deutscher Schulen in Ostoberschlesien vor dem Völkerbund

Genf, 13. Aug. Die neue Beschwerde des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien wegen der bevorstehenden Schließung mehrerer deutscher Minderheitsschulen ist soeben im Generalsekretariat des Völkerbundes eingetroffen. Es handelt sich bekanntlich um neue Maßnahmen der polnischen Behörden, die im Widerspruch mit der Genfer Minderheitenkonvention stehen. Die hierin vorgesehene Schülerzahl ist in den betreffenden Minderheitsschulen voll erreicht worden, so daß zu einer Schließung der Schulen jede rechtliche Begründung fehlt. Die von polnischer Seite angegebene Begründung der Maßnahmen mit dem Mangel an Schulräumen kann nicht als stichhaltig angesehen werden.

Ueber den genauen Inhalt der Beschwerdeschrift werden von der Minderheitenabteilung des Völkerbundes, die mit der Mandatsabteilung die einzigen Völkerbundsabteilungen sind, in der noch keine deutschen Beamten sitzen, kategorisch jede Erklärung abgelehnt. Es steht jedoch fest, daß die Beschwerde des Deutschen Volksbundes auf der am 30. August beginnenden Ratstagung zur Verhandlung gelangen wird. Sie wird zunächst von dem vom Rat eingesetzten Dreierkomitee, das aus dem kolumbianischen Vertreter, sowie dem holländischen und dem finnländischen Außenminister besteht, geprüft werden. Das Dreierkomitee wird sodann dem Völkerbundsrat Vorschläge zur Entscheidung vorlegen. Es ist dringend zu hoffen, daß der Völkerbundsrat die Berechtigung der Beschwerde voll anerkennt und die notwendigen Maßnahmen trifft, um die geplante Schließung weiterer deutscher Minderheitsschulen in Ostoberschlesien zu verhindern.

Die Besatzungsmanöver eine politische Geste

London, 13. Aug. Der „Evening Standard" bestätigt, daß die Teilnahme englischer Kavallerie an den Manövern der Besatzungsarmee eine politische Angelegenheit sei, da die Einladung nicht vom französischen Kriegsministerium oder dem Generalstab ausgegangen sei, sondern vom Quay d'Orsay dem englischen Außenamt unterbreitet wurde. Durch diese Feststellung entfällt die bisher in der liberalen englischen Presse vertretene Ansicht, daß es sich nur um eine freundschaftliche Geste gegenüber Frankreich handeln könne. Die Stellungnahme der hochkonservativen „Morning Post" gewinnt dadurch besondere Bedeutung. Das Blatt brachte es fertig, bei dieser Gelegenheit von mangelndem deutschen Takt zu sprechen und zu betonen, daß die deutsche Kritik an Angelegenheiten, die nur England und das befreundete Frankreich angingen, der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland nicht förderlich sein könne.

Konnte man sich bisher noch der Hoffnung hingeben, daß die Teilnahme britischer Truppen an den französischen Manövern ohne Wissen der zuständigen diplomatischen Stellen Englands allein eine Angelegenheit der Besatzungsbehörden gewesen sei, so ändert sich allerdings mit dieser Meldung das Bild grundlegend. Klar und deutlich wird erklärt, daß es sich hier um eine politische Angelegenheit handele, die von dem französischen und englischen Außenministerium ausgehe. England und Frankreich hielten anscheinend die Zeit für reif, um Deutschland durch provokatorischen Demonstrationen zu beweisen, wie weit sie von einer aufrichtigen Friedenspolitik entfernt sind.

Immer wieder: Keine Räumung des Rheinlandes ohne deutsche Gegenleistungen

Nach dem im allgemeinen gut unterrichteten Pariser Mitarbeiter des „Journal de Genève" soll gegenwärtig in maßgebenden Pariser Kreisen damit gerechnet werden, daß Dr. Stresemann während seines Pariser Aufenthaltes zunächst in privaten Unterredungen mit Briand, die anschließend in Genf fortgesetzt werden sollen, die Räumung der zweiten Rheinlandzone zur Verhandlung stellen werde, ohne hierbei die Frage einer Gesamträumung des Rheinlandes zu berühren. Eine solche Forderung würde, so betont der Mitarbeiter des Blattes, in Paris gegenwärtig auf kategorische Ablehnung stoßen. Völlig unbekannt sei zurzeit, wie Briand über diese Frage denke. Die öffentliche Meinung in Frankreich sei einstimmig in der Ablehnung der Haltung der Brüsseler Sozialistentagung. Eine Räumung der zweiten Zone werde nur als denkbar erachtet, wenn Deutschland die erforderlichen Zugeständnisse auf dem Gebiete der Sicherheitsgarantien und der Mobilisierung des Dawesplanes mache; man sei ferner in Paris beunruhigt, ob das französische Kabinett bereits zu einer einheitlichen Stellungnahme in diesen für Frankreich entscheidenden Fragen gelangt sei. Man wünsche die Gewißheit zu haben, daß zwischen Poincaré und Briand vor dem Beginn der allgemein erwarteten Verhandlungen mit Dr. Stresemann völliges Einverständnis über die Frage der Rheinlandsräumung herbeigeführt sei, da sonst Ueberraschungen befürchtet werden müßten.

Die französischen Sozialisten protestieren gegen Rheinlandräumung

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 13. Aug. Welche Bedeutung dem von den französischen Sozialisten auf dem Brüsseler Kongreß der Zweiten Internationale vorgebrachten Entschlusse auf sofortige und bedingungslose Räumung des Rheinlandes beizumessen ist, zeigt ein Artikel, den der französische Sozialdemokrat Paul Boncour in der französischen Presse veröffentlicht und in dem er sich ganz energisch gegen diese Beschlüsse ausspricht. **Paul Boncour weist vor allen Dingen darauf hin, daß er und seine Freunde auf dem außerordentlichen Parteitag der französischen Sozialisten im Januar dieses Jahres gegen die sofortige und bedingungslose Räumung des Rheinlandes gestimmt hätten.** Boncour erklärt weiter, daß seine ganze Politik der

Organisierung einer wirksamen Militärkontrolle

der Rheinlande gegolten habe, die die Voraussetzung für die Zurückziehung der alliierten Truppen bilden müsse. Jedenfalls zeigt sich, daß die Resolution des internationalen Sozialistenkongresses in Brüssel kaum etwas anderes als eine Farce darstelle, wenn ein prominenter französischer Führer wie Paul Boncour eine Haltung einnimmt, die sich mit den schönen Worten in Brüssel in keiner Weise vereinbaren läßt.

Brandkatastrophe in Wilhelmsburg

Hamburg, 13. August. Heute nachmittag geriet der große Lagerschuppen der Getreidelagerhausgesellschaft, der Gebrüder Rosenberg, Holz-A.-G., und der Firma Jordan & Berger Nachfolger A.-G., Spedition, in Brand. In wenigen Minuten stand der Schuppen in hellen Flammen. In den einzelnen Abteilungen lagerten einige hundert Stahlflaschen mit Sauerstoff, Ammoniak, Azetylen und anderen Stoffen, sowie Harz, Terpentin, Schwefel, Chlor, ferner Erdnüsse, Mehl und Futtermittel und außerdem für eine Million Mark Baumwolle der Hamburger Baumwollkämmerei. Mit donnerndem Getöse explodierten die Stahlflaschen. Von einem Stück wurde ein Passant getroffen. Er erlitt einen Bruch des Schulterblattes. Die im Veringkanal am Lager liegenden Schiffe mit Fässern voll Oel, Harz und Terpentin gerieten ebenfalls in Brand. Die brennenden Harz- und Oelmassen breiteten sich auf dem Wasser aus und gefährdeten die Nachbarwerke. Das Feuer brennt unvermindert weiter. An ein Ablöschen mit Wasser ist bis jetzt nicht zu denken. Von Harburg sind zwei Löschboote und sämtliche Feuerwehren an der Brandstätte erschienen.

Das Großfeuer konnte trotz äußerster Anstrengungen der zahlreichen Löschzüge in den späten Abendstunden noch nicht gelöscht werden. Gegen 9 Uhr waren die in der Nähe des brennenden Schuppens liegenden Gebäude in der größten Gefahr, da

fortgesetzt neue Explosionen

erfolgen. Fünf Arbeiter, die von einem Gerüst aus dem Brand zusehen wollten, wurden durch den großen Luftdruck heruntergeschleudert, haben aber keine nennenswerten Verletzungen davongetragen. Der Schaden wird auf etwa 2 Millionen Reichsmark geschätzt.

Reichsregierung und polnischer Handelsvertrag

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat in Königsberg bei der Eröffnung der Ostmesse in erfreulich bestimmter Weise die unveräußerliche Zugehörigkeit Ostpreußens zur deutschen Heimaterde betont und als selbstverständliche Folgerung daraus die Pflicht des Reiches und Preußens hervorgehoben, die Notlage dieser bedrängten deutschen Provinz mit allen nur irgend verfügbaren Mitteln zu erleichtern. Zu dem Zwecke ist auch bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, wie der Minister ebenfalls zutreffend feststellte, besondere Rücksicht auf die ostpreußischen Lebensinteressen zu nehmen. Ostpreußen muß gegen die Gefahr geschützt werden, daß es zuerst von Polen wirtschaftlich völlig durchdrungen wird, um dann dem wirtschaftlichen Eroberer in einem späteren Zeitpunkt als reife Frucht auch in politischer Hinsicht in den Schoß zu fallen. Daß solche Pläne in Warschau gehegt werden und daß sie auch in Paris Unterstützung finden, ist unbestreitbar. Das Ränkespiel um die Ostmark geht dahin, daß Ostpreußen halbiert werden soll. Die östliche Hälfte mit Memel und Tilsit soll an Polen fallen, während Deutschland den Korridor und Danzig zurückerhält. Ferner geht die Absicht dahin, Deutschland zum Mitgliede eines wirtschaftlichen Donaubündnisses unter dem Uebergewicht der Kleinen Entente und unter der Oberaufsicht Frankreichs zu machen. Alle diese und ähnliche Praktiken verfolgen lediglich das Ziel, den Wiederaufstieg Deutschlands zu einer führenden Rolle in Mitteleuropa zu verhindern; sie sind daher von deutscher Seite glatt abzulehnen und scharf zu bekämpfen. Wenn aber die Dinge so liegen, wenn wir uns einem polnischen Regime gegenübersehen, das noch weit von einer einwandfreien und loyalen Zusammenarbeit mit Deutschland entfernt ist und noch ständig Hinterhältigkeiten im Schilde führt, dann versteht man nicht, warum Dr. Curtius durchaus solchen Nachdruck auf die angeblich für uns gegebene Notwendigkeit legen mußte, den Handelskrieg zu beenden und zu einer Neuregelung unserer Handelsbeziehungen mit Polen zu gelangen. Größere Dringlichkeit als für Polen besitzt für uns die Sache keinesfalls, da die polnische Einfuhr nach Deutschland erheblich größer ist als die deutsche Ausfuhr nach Polen. Polen hat also an dem Zustandekommen des Handelsvertrages ein überwiegendes Wirtschaftsinteresse, und dementsprechend müssen wir auch unsere amtliche Haltung einrichten. Dr. Curtius sah sich selbst zu dem Bekenntnis gezwungen, daß die bereits fast dreijährigen Verhandlungen mit Polen zu den schwierigsten gehören, die wir zu führen haben; man darf wohl ohne Uebertreibung sagen, daß sie die schwierigsten überhaupt sind. Einem Gegner wie Polen aber imponiert man in solcher Lage nicht mit fortgesetzten Hinweisen auf die eigene Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen; der andere erblickt darin nicht Loyalität, sondern Schwäche. Wie sehr die Polen geneigt sind, jeder gentlemanliken Geste unsrerseits eine falsche Deutung unterzulegen, zeigte sich noch jüngst durch die Auslegung, die der Empfang des neuen polnischen Botschafters beim Reichspräsidenten in der polnischen Presse fand. Hindenburg erwiderte auf die höflichen Worte des Gesandten in höflicher Weise, wie es internationaler Brauch ist. Die Warschauer Blätter aber reagierten darauf in der Weise, daß sie Deutschland eine Vorlesung über sein „politisches Wohlverhalten" gegen Polen hielten: die Reichsregierung möchte dafür sorgen, daß „die handelsvertragsfeindliche Werbearbeit gewisser deutscher Kreise" eingestellt werde; der weitere Verlauf der Verhandlungen bilde den Prüfstein dafür, ob die bei der Bildung der neuen Regierung verkündete „Schwenkung" in der Außenpolitik von Dauer sei. Nach alledem wäre es angebracht gewesen, wenn der Reichswirtschaftsminister mit dem nötigen Nachdruck darauf hingewiesen hätte, daß alle bisherigen Schwierigkeiten von Warschau ausgegangen sind, als Folge der hartnäckigen polnischen Unfähigkeit, zu begreifen, daß jeder Vertrag ein Kompromiß ist, das Nachgiebigkeit von beiden Seiten verlangt, und daß daher bei dem offenkundigen guten Willen Deutschlands die weitere Förderung und der endliche Abschluß des Vertrages allein von Polen abhängen.

Insbesondere hätte es in landwirtschaftlichen Kreisen Beruhigung hervorgerufen, wenn Dr. Curtius die Beteuerung seiner ständigen Sorge für die Landwirtschaft dadurch verstärkt hätte, daß er ihr den zuverlässigen Schutz der Regierung gegen eine preisdrückende Konkurrenz polnischer Agrarprodukte zusicherte. Wie sehr hier politisch links gerichtete und landwirtschaftliche Auffassungen voneinander abweichen, erhellt aus der Tatsache, daß der frühere Reichsernährungsminister Schiele von der preußischen Regierung heftig angegriffen wurde, als er gewisse von Polen gemachte Angebote notgedrungen zurückwies, weil er in der Behauptung des deutschen Standpunktes eine Existenzfrage für die deutsche Landwirtschaft erkannte. Und der preußische Landwirtschaftsminister ging sogar so weit, die unbeschränkte Einfuhr von Schweinefleisch aus Polen an deutsche Wurstfabriken als noch erträglich für die Landwirtschaft zu bezeichnen. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Es wird sich also darum handeln, bei den Anfang September wiederbeginnenden Verhandlungen mit Polen die landwirtschaftlichen Gesichtspunkte auch unter dem neuen Kurse voll zur Geltung zu bringen. Zu diesem Zwecke ist den sozialistischen Mitgliedern der neuen Reichsregierung das Studium eines Aufsatzes zu empfehlen, den der sozialistische Wirtschaftspolitiker Cohen-Reuß, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, unter dem Titel „Koalitionspolitik" veröffentlichte. Cohen bekennt sich zu der Anschauung, daß